

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

B. XXIV 95

Bonn, den 21. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |  | Zeilen |
|-------|--|--------|
| 1 - 3 | <u>DK-Aufwertung: Möller teilt Schillers Meinung</u> | 124    |

Von Dr. Alex Möller, MdB,

Erster stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

|   |  |    |
|---|--|----|
| 4 | <u>"Falken" fühlen sich nicht "frustriert"</u> | 51 |
|---|--|----|

Jugendverband verfolgt seine progressiv-reformerische Linie weiter

|       |  |    |
|-------|--|----|
| 5 - 6 | <u>Ein Sucher nach dem rechten Weg</u> | 59 |
|-------|--|----|

Zum 70. Geburtstag von Staatssekretär a.D. Otto Schmidt

Von Jockel Fuchs, SPD-Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz

|   |                        |    |
|---|------------------------|----|
| 7 | <u>Diskriminierung</u> | 27 |
|---|------------------------|----|

Die Sportpolitik der griechischen Regierung

Von Dr. Hans Apel, MdB

DM-Aufwertung: Möller teilt Schillers Meinung

Von Dr. Alex Möller,

Erster Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der deutsche "Industriekurier" hat in der Nr. 74 unter der Überschrift "DM-Aufwertung - Alex Möller ist anderer Meinung, 21 Thesen gegen eine Aufwertung der DM" mitgeteilt, "es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß die SPD genauso geschlossen für die Aufwertung der DM eintrete, wie die CDU/CSU dagegen ist". Der "Industriekurier" sagt dann im nächsten Satz: "In beiden Fraktionen gibt es wesentliche Stimmen, die sich gegen die überwiegende Fraktionsmeinung ausgesprochen haben." Damit scheint mir der erste Satz widerlegt zu sein. Dann geht es weiter: "So hat zum Beispiel der SPD-Finanzexperte Dr. Alex Möller seine Fraktion mit 21 Argumenten gegen die Aufwertung unterlaufen, die er auf einer Fraktionssitzung vorgetragen hat. Nur 8 Argumente konnte er für eine Aufwertung anführen."

Der tatsächliche Sachverhalt ist folgender:

In den letzten Apriltagen habe ich - nichts Böses ahnend - das politische Feld, das mir die sozialdemokratische Bundestagsfraktion anvertraut hat, noch einmal pfleglich begossen, weil ich mich Anfang Mai einem operativen Eingriff unterziehen lassen mußte. In einem Rundschreiben, das in der zweiten April-Hälfte diktiert und am 2. Mai verschickt wurde, teilte ich den Mitgliedern meiner Fraktion folgendes mit: "Wie im Herbst vorigen Jahres, so möchte ich Euch auch jetzt eine Zusammenstellung von Argumenten überreichen, die die Aufwertung der DM betreffen. Es handelt sich hierbei um eine persönliche Stellungnahme."

Es ist in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion üblich, daß Experten, denen besondere Sachgebiete anvertraut sind, von Zeit zu Zeit solche Informationen zur Verfügung stellen, denn wie könnte sonst ein Bundestagsabgeordneter in der Lage sein, bei der Vielzahl schwierigster Fachfragen einen einigermaßen verlässlichen Überblick zu erhalten?

Meine private Arbeit trägt die Überschrift "Um die Stabilität der DM" und hat zwei Abschnitte. "A: Argumente gegen eine Aufwertung" und "B: Positive Auswirkungen einer Aufwertung". In der von mir nicht für

das derzeitige Stadium erwarteten erneuten Kabinettsberatung ist von CDU/CSU-Seite nur auf den Abschnitt A dieses Papiers verwiesen worden. Der "Industriekurier" bringt dankenswerterweise beide Abschnitte. Über die Arbeit selbst haben sich Legenden gebildet. Das kann nicht angehen, denn meine Stellungnahme hatte weder eine verbindliche Konsequenz gezogen, noch konnte sie erahnen, was in der Bundesregierung am 9. Mai an neuen Überlegungen entwickelt wurde - nicht zuletzt wegen der Rede des Bundesfinanzministers Strauß vom 18. April und die dann zwangsläufig eintretenden Folgen, in diesem Fall dem im Ausland entstandenen Eindruck, die Bundesregierung beabsichtige doch, eine Aufwertung der DM in Höhe von acht bis zehn Prozent vorzunehmen. Daß die nun ausgelöste gefährliche Spekulationswelle, die auch noch andere Ursachen hatte, die Bundesregierung zwingen mußte, sich mit dieser Lage schnellstens zu beschäftigen, ist selbstverständlich. Wenn sich Bundeskanzler Kiesinger jetzt nicht mehr an seine Erklärung vom 28. November 1968 gehalten hätte, daß nicht aufgewertet werde, solange er Kanzler sei, so hätte ihm niemand, der die Not der Sache sieht, daraus einen Vorwurf machen dürfen. Die Erwägung eines Musterprozesses gegen ihn halte ich für ein Phantasieprodukt (siehe jedoch Mitteilung in "Christ und Welt" vom 16. Mai in dem Artikel: "Strauß im Porzellanladen").

Zu der Ende April von allen Konjunkturinstituten abgegebenen Erklärung, eine außenwirtschaftliche Absicherung unseres Preisniveaus sei zwingend und die beste Lösung eine internationale Neufestsetzung der Paritäten, schreibt die Sparerenschutzgemeinschaft in einer am 5. Mai eingegangenen Stellungnahme: "Wenn eine multilaterale Lösung nicht zu realisieren ist, wird eine isolierte Paritätsänderung unvermeidlich. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis der Institute von besonderem Gewicht, daß eine Aufwertung als Ausdruck der ökonomischen Stärke einer Volkswirtschaft zu sehen ist und Überwiegend Vorteile bringt."

Im Zuge der Erörterungen in der Bundesregierung nach dem 28. April sind neue Tatbestände bekannt geworden, die Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 14. Mai so überzeugend dargestellt hat, daß man zusammen mit der Wertung der am 5. Mai erstatteten Berichte von Staatssekretär Schöllhorn und dem Direktionsmitglied der Deutschen Bundesbank, Emminger, über ihre Verhandlungen in den USA zur deutschen Devisenhilfe und beim Internationalen

Währungsfonds in Washington wegen der Wechselkurse nur sagen kann, daß eine Überprüfung der bis dahin eingenommenen Standpunkte für jedermann zwangsläufig wurde.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in einer Erklärung unter sorgfältiger Abwägung aller neuen bekanntgewordenen Tatbestände zum Ausdruck gebracht, daß sie entgegen der Mehrheitsmeinung der Bundesregierung als sachgerechteste Lösung des Problems eine maßvolle Aufwertung der DM ansehen müsse. Das meine auch ich, zumal die Aufwertung diesmal - anders als im November 1968 - ohne Druck ausländischer Regierungen hätte erfolgen können. Inzwischen sind unsere Exportindustrien voll beschäftigt und mit hohen Aufträgen eingedeckt. Eine "flankierende Maßnahme" war für die Landwirtschaft vorgesehen, da bereits am 1. November 1962 die EWG eine Verordnung verabschiedet hat, mit der die "Rechnungseinheit" eingeführt wurde, die der Goldparität des US-Dollars entspricht.

Aus der Bundestagsdebatte vom 14. Mai geht eindeutig hervor, daß alle drei Fraktionen des Deutschen Bundestages die außenwirtschaftliche Absicherung für dringend erforderlich halten. Wir wollen keine importierte Inflation. Streitpunkt einer Quasi-Aufwertung ist die Frage, ob wir die bisherigen Maßnahmen so eindringlich zu verstärken in der Lage sind, daß wir die fundamentalen Ungleichgewichte im internationalen Währungssystem beseitigen und erreichen können, daß kein ausländisches Spekulationsgeld in unser Land hineinfließt oder in der Hoffnung hierbleibt, große nicht auf Leistung, sondern auf Spekulation beruhende Geschäfte in DM zu kassieren. Die Bundesregierung hat ein weiteres Instrumentarium zur Verteidigung unserer Währung einstimmig beschlossen, trotzdem die sozialdemokratische Kabinettsmitglieder eine maßvolle Aufwertung der DM im Erfolg nach wie vor für schneller und sicherer ansehen.

Neben der Diskonterhöhung und den Bemühungen der Deutschen Bundesbank zur Dämpfung der Devisenspekulation ist die Haushaltspolitik entsprechend der Verpflichtung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft in verstärktem Umfang anti-zyklisch zu handhaben. Geld- und fiskalpolitische Maßnahmen zusammen mit steigenden Einfuhren sollen auf das ausländische Preisniveau stabilisierend einwirken. Um diese Entwicklung zu fördern, müssen meines Erachtens gerade jetzt die Chancen der Hochkonjunktur genutzt und in verstärktem Maße Wachstumsmöglichkeiten in strukturschwachen Gebieten ausgeschöpft werden. Durch eine dynamische Strukturpolitik mit hohen Produktivitätssteigerungen und großer Angebotselastizität würden unsere Bemühungen um die innere Preisstabilität in marktwirtschaftlich konformer Weise wirkungsvoll unterstützt.

Abschließend darf empfohlen werden, nicht nur das am 19. Mai zur Aufwertungsfrage veröffentlichte Interview mit dem Währungsexperten Giersch aufmerksam zu prüfen, sondern auch noch einmal die Literatur zur Aufwertung der DM am 4. März 1961 zur Rate zu ziehen. Eine Betrachtung hierüber in der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 10. März 1961 beginnt mit den Sätzen: "Im Oktober 1960 hatten der Bundeskanzler und das Kabinett die Entscheidung getroffen: Keine Aufwertung der DM. Obgleich Minister Erhard diesen Schritt schon seit Jahren als eine 'zwingende Notwendigkeit' erkannt hatte, Wieso also wurde diese Maßnahme nun plötzlich am 4. März 1961 doch ergriffen?" - Vielleicht zeigt diese angeregte Rückschau, daß man gut tut, sich im Zweifelsfalle nicht für den Standpunkt des Bundeskanzlers, sondern für den des Professor Wirtschaftsministers zu entscheiden.

## "Falken" fühlen sich nicht "frustriert"

Jugendverband verfolgt seine progressiv-reformerische Linie weiter

Die Jugendverbände hatten es in den letzten zwei Jahren schwer, sich im Meinungsbild der Öffentlichkeit zu behaupten. Die außer-parlamentarische Opposition, namentlich die radikalen Studentenverbände, hatten den Blick auf sich gezogen mit ihren Forderungen, die oft mit spektakulären Aktionen vorgetragen wurden. Seit die APO, jedenfalls Gruppen davon, das parlamentarisch-demokratische System in Frage zu stellen beginnt, verliert sie an Zugkraft, und damit gewinnen wieder die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der in den Jugendverbänden wirkenden Kräfte an Gewicht. Dieser Aspekt verleiht auch der 12. Bundeskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken", die gerade in Dortmund zu Ende ging, ihre Bedeutung.

Die "Falken" fühlen sich nicht "frustriert". Die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens sei nicht erst durch die Schüler- und Studentendemonstrationen in das Bewußtsein des Verbandes eingezogen, wie der Vorsitzende der Jugendorganisation, Klaus Fiegele, deutlich machte, diese Forderung sei vielmehr seit langem von den "Falken" erhoben und fester Bestandteil ihres Programms.

Die progressiv-reformerische Linie des Verbandes kam nicht nur im Konferenz-Motto "Für Demokratisierung und Mitbestimmung" zum Ausdruck - die Delegierten äußerten sich auch klar darüber, welchen politischen Kräften sie sich verbündet sehen. Die SJD "Die Falken" versteht sich als Partner der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und sie wird unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit mit der SPD zusammenarbeiten. Es versteht sich, daß der Verband die SPD im bevorstehenden Wahlkampf unterstützt. Allerdings halten die "Falken" eine neuerliche Regierungsbildung mit der CDU, als einer Partei, die grundlegende Veränderungen dieser Gesellschaft verneint, "für nicht wünschenswert".

Wie klar das Verhältnis zur befreundeten Partei ist, erhellt sich auch daraus, daß zwei Anträge, in denen die Annullierung der in der "Falken"-Grundsatzerklärung ausgedrückten Anerkennung der SPD als Führungskraft der sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik gefordert wurde, mangels Echo zurückgezogen werden mußten. Hingegen stimmten die Delegierten einem Initiativentwurf zu, der Terror als Mittel im politischen Kampf bedingungslos ablehnt.

Vizekanzler Willy Brandt hatte sich der Konferenz für ein Gespräch über alle das Verhältnis zwischen Jugend und Partei angehende Fragen zur Verfügung gestellt. Er würdigte die guten Beziehungen, die der Verband zu den Jugendverbänden in aller Welt - auch im Osten - unterhält. Sein Gruß galt den "Falken" in einer Rolle, die dieser moderne Jugendverband in seinem Bereich durchaus zu spielen versteht: als Mitstreiter im Kampf um den Frieden in der Welt, um eine europäische Friedensordnung im besonderen.

Ihrer fortschrittlichen Linie folgend, verabschiedeten die Delegierten Entschlüsse zur Bildungs- und Schulpolitik, zur Berufsausbildung und Mitbestimmung und forderten die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters auf 18 bzw. 21 Jahre. Sie forderten die Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat unter vertraglicher Zusage der Zugehörigkeit West-Berlins als Bestandteil der Bundesrepublik und verlangten Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin, um die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu regeln.

Ein Sucher nach dem rechten Weg  
-----

Zum 70. Geburtstag von Staatssekretär a.D. Otto Schmidt

Von Jockel Fuchs, SPD-Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Otto Schmidt ist es gewöhnt, geehrt zu werden. Aber in diesem Jahr drängen sich die Ehrungen selbst für seine Verhältnisse ungewöhnlich. Fünfzig Jahre Mitglied der SPD. Fünfzig Jahre Gewerkschaftler. Und wenn er nun, am 27. Mai, seinen siebzigsten Geburtstag feiert, dann wird er auch an den Tag zurückdenken, als ihm vor fünf Jahren - als erstem Vorsitzenden einer bundesdeutschen Oppositionsfraktion - das große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband verliehen wurde: selbst seine Ehrungen feiern schon wieder Jubiläum.

Wenn ich das so schreibe, dann könnte der Eindruck entstehen, daß von einem alten Mann die Rede ist. Nichts wäre trügerischer als dieser Eindruck. Wer Otto Schmidt in die jungen Augen sieht, der weiß, daß dieser Mann allenfalls äußerlich ein wenig gealtert ist, daß aber sein Herz, das nun schon ein halbes Jahrhundert für die SPD schlägt, jung geblieben ist.

Wir Jüngeren können kaum ganz erfassen, was dieser Mann geleistet hat. Im Westerwald als Sohn einer Arbeiter- und Kleinbauernfamilie geboren, arbeitete er schon als Vierzehnjähriger im Steinbruch. Nach zwei Jahren Militärdienst kam er zurück und wurde Bergarbeiter. Aber seine Begabung fiel ebenso auf wie die Energie, mit der er sich weiterbildete. Er wurde Sekretär des Bergarbeiterverbandes und schließlich Journalist, politischer Redakteur.

Daß er 1933 nicht "vorsichtig" wurde, sondern weitermachte, bis ihm die Ausübung seines Berufs verboten wurde, war für ihn eine Selbstverständlichkeit. Nach mehreren Verhaftungen kehrte er in den Westerwald zurück und ernährte sich und seine Familie durch Arbeit in der Landwirtschaft, bis er zum zweiten Mal in seinem

Leben in eine Uniform gesteckt und in einen Weltkrieg geschickt wurde.

Es bedeutet sehr viel, daß dieser Mann, dem aber auch nichts geschenkt worden war, gleich nach Kriegsende zu einer der stärksten politischen Persönlichkeiten seines Landes wurde. Als Mitglied der Beratenden Landesversammlung gehörte er zu den Vätern der rheinland-pfälzischen Verfassung. Er trat in den Staatsdienst ein und wurde innerhalb weniger Jahre Staatssekretär. Noch schneller war sein Aufstieg innerhalb der SPD. Schon 1947 wurde er Vorsitzender des Parteibezirks Rheinland/Hessen-Nassau, später dann Mitglied der höchsten Führungsgremien auf Bundesebene. Noch heute gehört er dem Kontrollrat der Partei an.

Als die Sozialdemokraten 1951 aus der rheinland-pfälzischen Landesregierung ausschieden, konzentrierte Otto Schmidt sich zunehmend auf die parlamentarische Ebene. Zunächst als stellvertretender Vorsitzender, dann als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion trug er sehr viel dazu bei, das für das Funktionieren demokratischer Abläufe so entscheidende Gewicht der Opposition zu stärken und in die Maschale zu werfen. Höhepunkt dieser politischen Arbeit war wohl die Beseitigung der Zwergschulen und der Konfessionsschule auch in Rheinland-Pfalz.

Wenn Otto Schmidt in den letzten Jahren begonnen hat, sich von einigen der kommunal- und landespolitischen Funktionen zurückzuziehen, die er so lange innehatte, dann bedeutet das gewiß nicht, daß er müde geworden wäre. Für ihn, der immer in seiner Landschaft und in ihrer Natur wurzelt, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der natürliche Fluß der Generationen auch in der Politik nicht gehemmt werden darf, und daß man deshalb den Jüngeren nicht zu lange den Umgang mit der Verantwortung vorenthalten darf.

Otto Schmit hat mehr als einmal gesagt, was er als die wichtigste Aufgabe des Politikers ansieht: Die Suche nach dem rechten Weg. Wer ihn kennt, der kann und muß ihm bestätigen, daß er diesen Leitmotiv immer mit großer Konsequenz treu geblieben ist.

Diskriminierung

Die Sportpolitik der griechischen Regierung

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die derzeitige Regierung Griechenlands weitet ihren politischen Einfluß zielbewußt in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens des Landes aus. So erklärte Oberst Aslandis, der Leiter der griechischen Sportorganisation, am 17.4.69: "Die Revolution vom 21. April bezweckt die Gesundung des griechischen Sports. Und diese Gesundung bezieht sich nicht nur auf die Sportvereine, sondern auch auf die Sportler. Derjenige, der sich dem Geist der Revolution nicht fügen will, hat keinen Platz in der Familie der Sportler".

Oberst Aslandis äußert mehr als seine persönliche Meinung. Denn Artikel 40 des Notgesetzes Nr. 127 vom 30.8.1967 untersagt allen Personen die Mitgliedschaft in den Sportvereinen Griechenlands, die nicht loyal zum Regime stehen. Das gleiche Gesetz unterstellt ferner alle Sportorganisationen total dem Regime, das verbindlich die Richtung festlegt.

Dieses Verhalten der Junta muß die Sportler des freien Westens bedenklich stimmen, die zu Recht immer wieder unterstreichen, daß der Sport sich nur seinen eigenen Spielregeln unterwerfen kann. Das SPD-Regierungsprogramm unterstreicht diese Forderung.

Rassendiskriminierung hat dazu geführt, daß Länder nicht zur Teilnahme an den Olympischen Spielen eingeladen wurden. Daß Hellas, Geburtsland der olympischen Idee, jetzt eine politische Diskriminierung in seinen nationalen Sport einführt, muß jeden Sportfreund treffen. Schweren Herzens gehen die Leichtathleten Europas vom 16. bis 21. September dieses Jahres zu ihren Meisterschaften nach Athen. Griechische Kollegen werden wegen ihrer demokratischen Gesinnung diskriminiert und verfolgt. Illusionen über den Charakter der Junta kann sich auch im Bereich des Sports niemand mehr machen.